

Bezirks- bürgermeisterin befangen – Sofortiger Rücktritt vom Vereinsvorsitz gefordert

von Kerstin Beurich,
Vorsitzende der SPD-Fraktion
Lichtenberg

Anlässlich eines Antrages zur Befangenheit von Bezirksverordneten und Mitgliedern des Bezirksamtes kam es in der Sitzung der BVV Lichtenberg am 21.05.2003 zu einer heftigen Diskussion um den Vorsitz der Bezirksbürgermeisterin Christina Emmrich (PDS) beim Verein für ambulante Versorgung Hohenschönhausen e.V.

Es ist ein Ehrenkodex in der BVV Lichtenberg, sich bei Entscheidungen und Willensbildung über finanzielle Zuwendungen oder ähnliche Tatbestände an Vereine bzw. freie Träger, deren Vorstandsmitglied oder Mitarbeiter man ist, nicht zu beteiligen. Da Frau Emmrich als zuständige Dezerentin für Finanzen im Bezirk sich einer solchen Befangenheit grundsätzlich nicht entziehen kann, sollte sie meiner Meinung nach auf keinen Fall Vorstandstätigkeiten bei Vereinen oder Verbänden annehmen, die aus dem Lichtenberger Bezirkshaushalt Zuwendungen erfahren oder in sonstigen Abhängigkeiten zum Bezirksamt stehen.

Ich habe deshalb im Namen der SPD-Fraktion Lichtenberg den sofortigen Rücktritt von Frau Emmrich vom Vorsitz des Vereins für ambulante Versorgung auch presseöffentlich gefordert. Sollte sie dieser Forderung nicht nachkommen, wird die SPD-Fraktion über weitere Konsequenzen in der BVV nachdenken.

Mut zum Kind

von Birgit Monteiro, Mitglied der SPD-Fraktion Lichtenberg

Warum bekommen heute immer weniger junge Paare Kinder? Warum gibt es immer mehr Singlehaushalte? Ist das traditionelle Familienleben nicht mehr gefragt?

Liegt dies an unserer Gesellschaft oder an der Globalisierung oder einfach an den Menschen selbst? Ist es so schwierig in unserer Gesellschaft ein Kind groß zu ziehen? Fördert unsere Gesellschaft überhaupt Kinder? Ist die Frau zu sehr auf

mit erneut die Aufzählung um den letzten Punkt. Also, es gibt ihn doch den **Mut zum Kind**.

Bereits mit 24 Jahren hatte sie Ihr erstes Staatsexamen und ihre Referendarzeit absolviert.

In den für eine Frau nicht unbedingt typischen Fächern Physik, Bauingenieurtechnik und Mathematik unterrichtet Kerstin Beurich heute Jugendliche an einem Oberstufenzentrum.

Ich finde es bewundernswert, wie es ihr gelingt, Familie, Beruf und Partei unter einen Hut zu bringen, da sowohl ihre Funktion als SPD-Fraktionsvorsitzende in Lichtenberg als auch ihr Beruf viel Engagement und zeitlichen Aufwand fordern. Frauen mit diesem Mut haben unsere ganze Unterstützung verdient, auch um andere zum Nachmachen zu ermuntern. Wir können die demoskopische Entwicklung nicht nur verbal beklagen, sie muss verändert werden.

Zum Schluss noch ein Auszug aus der Berliner Frauenpolitik, wie Frauen in unserer Gesellschaft „eigentlich“ gefördert werden sollten:

Berlin setzt sich für das gleichberechtigte Miteinander von Frauen und Männern ein. Die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen in allen Bereichen der Gesellschaft zu fördern und den Abbau von Diskriminierung zu bewirken – das ist der Grundsatz der Berliner Frauenpolitik.

Denn: Erwerbstätigkeit ist für Frauen in Ost und West von großer Bedeutung. Der gleichberechtigte Zugang zum Arbeitsmarkt und gleiche Chancen im Erwerbsleben muss für eine Metropole wie Berlin Selbstverständlichkeit sein.

Berlin ist eine Stadt mit traditionell hoher Frauenerwerbstätigkeit. Bereits vor der Wiedervereinigung lag die Erwerbsquote mit über 60% im Westteil der Stadt über dem Durchschnitt der alten Bundesrepublik. Im Ostteil der Stadt waren ca. 90% der Frauen erwerbstätig. Es gilt daher

- qualifizierte Beschäftigungsmöglichkeiten für Frauen zu erhalten,
 - die Wettbewerbschancen von Frauen durch zukunftsorientierte Qualifizierungsangebote zu verbessern,
 - neue Berufs- und Beschäftigungsfelder für Frauen zu erschließen,
 - die Beschäftigungschancen in qualitativ hochwertigen Positionen sowie auf mittleren und höheren Hierarchieebenen zu erweitern.
- Übrigens weiß ich, wovon ich rede, da ich Mutter, berufstätig und Mitglied der BVV bin.



sich allein gestellt? Wie sieht der finanzielle Rahmen zur Kindererziehung aus? Lassen sich Kind und Beruf bzw. Karriere überhaupt miteinander vereinbaren? Welche Perspektiven haben später die Kinder?

Ich glaube jede dieser Fragen hat seine eigene Dynamik und lässt sich nicht leicht beantworten.

Unsere Gesellschaft könnte sicher noch so einiges und nicht nur finanzielles tun, um die Attraktivität für Kinder zu erhöhen.

Also wo findet man heutzutage noch: Junge Frau, berufstätig, gesellschaftlich sowie politisch engagiert und **Mutter**.

Auf unsere Fraktionsvorsitzende Kerstin Beurich (Ex-Juso-Landesvorsitzende) treffen all diese Eigenschaften zu. Vor wenigen Wochen wurde sie zum zweiten Mal Mutter und vervollkommnet da-

Gastkommentar

diesmal von **Oliver Igel**, stellvertretender Vorsitzender der SPD-Fraktion in der BVV Treptow-Köpenick

Siegfried Berger – ein Sozialdemokrat und der 17. Juni 1953

Siegfried Berger wollte keiner Diktatur dienen. „Ich wollte mich vielmehr mit ganzer Kraft für eine demokratische Entwicklung einsetzen.“ Berger wurde 1918 im sächsischen Sebnitz geboren, sein Vater wurde Mitglied der KPD, doch sein Sohn war misstrauisch. Schon vor 1933 war Siegfried Berger ein Gegner der KPD, weil er die absolute Abhängigkeit der KPD von Moskau nicht akzeptierte. Der Hitler-Stalin-Pakt bestärkte ihn in seiner Gegnerschaft. Bis zum Kriegsende wurde er nicht zum Militär eingezogen, er verhehlte seine Gegnerschaft zur NSDAP nicht und arbeitete als Zivilingenieur für Radaranlagen der Marine in Kiel. Nach dem Krieg kehrte er zu seinen Eltern nach Dresden zurück. Weil er es ablehnte, in die KPD einzutreten, erhielt er zunächst ein mehrmonatiges Arbeitsverbot. Die Zwangsvereinigung von SPD und KPD und die Verfolgung von Sozialdemokraten bekräftigten ihn und seine Freunde darin, Widerstand gegen die SED zu leisten. Ende 1947 fuhr Berger im Auftrag mehrerer Freunde und Kollegen seines Werkes, in dem er inzwischen arbeitete, nach West-Berlin, um seine Gruppe als illegale SPD-Gruppe in Radeberg anerkennen zu lassen. Aufgrund der hohen Verhaftungsgefahr riet SPD-Vorsitzender Franz Neumann davon ab. Berger konnte nun aber regelmäßig SPD-Materialien aus West-Berlin abholen.

1950 musste Berger in seinem Radeberger Werk kündigen, ihm wurde wegen seiner politischen Einstellungen mit einem Schaulprozess gedroht. Im September 1950 fing er als Elektroingenieur im RFT Funkwerk Köpenick an. Seine fachliche Leistung wurde anerkannt. Als er aber als „Verdienter Erfinder“ ausgezeichnet werden sollte, erhob die SED-Betriebsgruppe Einspruch dagegen.

Seit 1948 hatte Berger Kontakte zum Ostbüro der SPD, als er in Ost-Berlin lebte und arbeitete wurde er Mitglied der SPD in Neukölln. Informationsmaterialien des Ostbüros verteilten er und seine Freunde immer wieder in nächtlichen Aktionen unter der Bevölkerung. Für das Ostbüro brachte er sogar ein Funkgerät zu einer Familie nach Halle.

Der Volksaufstand vom 17. Juni 1953 kam auch für Siegfried Berger überraschend, auch wenn sich die Versorgungslage immer mehr verschlechtert hatte, die SED eine Normenerhöhung um zehn Prozent – was einer drastischen Lohnkürzung gleichkam – verkündete und die Unzufriedenheit immer mehr stieg. Am Morgen des 17. Juni wurde Berger von seinen Kollegen aufgefordert, im Funkwerk eine Betriebsversammlung zu leiten. Von den 2000 versammelten Arbeiter waren weniger als 20 gegen einen Streik. Leitende Mitarbeiter wie Dr. Bernhard Vinzelberg und Dr. Kaiser sprachen öffentlich gegen die DDR-Regierung. Berger forderte den Rücktritt der Regierung, freie und geheime Wahlen und die Wiedervereinigung und wurde darin von den Arbeitern unterstützt. Berger übernahm die Führung des Demonstrationzuges. Am S-Bahnhof Warschauer Straße brachten Volkspolizisten den Zug zum Stehen, drückten ihnen Gewehre auf die Brust und drohten zu schießen. Langsam bewegte sich die Masse zurück, geschossen wurde trotzdem, es gab ein paar Verletzte, die in den Westsektor gebracht wurden. Nach fünf Stunden war damit der Protestmarsch beendet.

Berger rechnete mit seiner Verhaftung, blieb aber trotzdem bei seiner Familie in Ost-Berlin. Am 20. Juni wurde er festgenommen. Als er einen Monat später Geburtstag hatte, überreichten 48 namentlich unterzeichnende Kollegen seiner Frau eine Glückwunschkarte und eine Geldspende. Immer wieder wurde Berger

von sowjetischen Offizieren verhört, doch er blieb standhaft und sagte nur das, was er sowieso schon öffentlich geäußert hatte und bekannt war. Berger berief sich auf das Demonstrations- und Streikrecht und das Recht auf freie Meinungsäußerung laut DDR-Verfassung von 1949. In der Anklage wurde ihm Widerstand gegen die Staatsgewalt, Aufruf zum Sturz der Regierung, Gruppenbildung, Aufbewahrung von Antisowjetliteratur und Antisowjethetze vorgeworfen. Anfang Oktober 1953 fand die Verhandlung vor dem Sowjetischen Militärtribunal statt. Berger sagte gleich am Anfang, dass er ein Urteil aufgrund der Souveränität der DDR nicht anerkennen werde. Am Ende wurde Berger zu sieben Jahren Arbeitslager verurteilt. Ein Gnadengesuch lehnte Berger ab, das Urteil unterschrieb er nicht. Die Unterschrift wurde später gefälscht. Im Mai 1954 wurde Berger über Moskau ins Lager Workuta gebracht. Im Straflager traf er viele andere Sozialdemokraten, die er von früher kannte. Berger musste im Straßen- und Häuserbau, im Zementwerk, auf dem körperlich besonders schweren Holzplatz und bei der Errichtung eines Elektrizitätswerks am Oberlauf der Workuta arbeiten.

Im September 1955 verhandelten Bundeskanzler Adenauer und SPD-Politiker Carlo Schmid in Moskau über die Rückführung von Kriegsgefangenen und SMT-Verurteilten. Bereits im Oktober ging es auch für Siegfried Berger zurück in Richtung Deutschland. Er wollte nach West-Berlin, weil er wusste, dass inzwischen seine Frau und seine zwei Kinder zu ihrer Schwester dorthin geflüchtet waren. Am 16. Oktober 1955 war Berger in West-Berlin, der RIAS verlas im Radio die Namen der Heimgekehrten und am gleichen Abend kamen frühere Kollegen zu ihm und beglückwünschten ihn. Das MfS fahndete noch einige Jahre weiter nach Berger und wollte ihn in die DDR zurückholen. Siegfried Berger blieb in der Bundesrepublik, ging nach Hamburg und Kiel. 1996 wurde er von russischen Behörden rehabilitiert. Er fühlte sich nun bestätigt, nur seine Rechte wahrgenommen zu haben und sich für die Demokratie eingesetzt zu haben. Den 50. Jahrestag des Volksaufstandes vom 17. Juni 1953 erlebt Siegfried Berger nicht mehr, er starb im vergangenen Jahr. Wir sollten Siegfried Berger ehrenvoll in Erinnerung behalten.

Anmerkung

Um Siegfried Berger zu würdigen hat die SPD-Fraktion Lichtenberg in die Bezirksverordnetenversammlung am 21.05.2003 folgenden Antrag eingebracht, der jetzt im Ausschuss für Kultur diskutiert wird:

Antrag

Gedenken an den 17. Juni 1953 – Gedenktafel für Siegfried Berger

Die Bezirksverordnetenversammlung wolle beschließen:
Das Bezirksamt wird ersucht, eine Gedenktafel für Siegfried Berger an seinem ehemaligen Wohnhaus in der Cäsarstraße 16a im Ortsteil Karlsruhorst anzubringen. Die Finanzierung soll vorwiegend aus Sponsoring-Mitteln erfolgen.

Impressum:

Herausgeber: SPD-Fraktion in der BVV Lichtenberg,
Möllendorffstr. 6, 10367 Berlin, Tel.: 57795448 Fax: 57795449
e-mail: spd_fraktion_lichtenberg@hotmail.com
V.i.S.d.P.: Kerstin Beurich
Redaktion und Satz:
Kerstin Beurich, Kurt Hemmerlein, Boris Schymetzko